



Beschlussvorlage

Vorlage: BV/0137/2018		Datum: 16.02.2018	
Oberbürgermeister			
Verfasser:	20-Kämmerei und Steueramt	Az.:	
Betreff:			
Übergang von Haushaltsermächtigungen des Investitionshaushaltes von 2017 nach 2018			
Gremienweg:			
15.03.2018	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> mehrheitl. Kenntnis <input type="checkbox"/> vertagt <input type="checkbox"/> Enthaltungen
	TOP öffentlich		<input type="checkbox"/> ohne BE <input type="checkbox"/> abgesetzt <input type="checkbox"/> geändert <input type="checkbox"/> Gegenstimmen
05.03.2018	Haupt- und Finanzausschuss	<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> mehrheitl. Kenntnis <input type="checkbox"/> vertagt <input type="checkbox"/> Enthaltungen
	TOP öffentlich		<input type="checkbox"/> ohne BE <input type="checkbox"/> abgesetzt <input type="checkbox"/> geändert <input type="checkbox"/> Gegenstimmen

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat nimmt die aus den Haushaltsvorjahren gem. § 17 Abs. 2 GemHVO fortbestehenden Investitionsauszahlungsermächtigungen gemäß der anliegenden Aufstellung, getrennt nach bereits begonnenen (Liste A) und noch nicht begonnenen Maßnahmen (Liste B), zur Kenntnis und beschließt die aus der Aufstellung ersichtlichen Änderungen.

Begründung:

Nach dem Grundsatz der Jährlichkeit verfallen grundsätzlich mit Ablauf des Haushaltsjahres zum 31.12. die nicht in Anspruch genommenen Haushaltsermächtigungen. § 17 GemHVO normiert Ausnahmen von diesem Grundsatz. Absatz 2 dieser Bestimmung regelt die Fortgeltung der Auszahlungsermächtigungen für den Bereich des Investitionshaushaltes wie folgt:

Bei Ansätzen für Auszahlungen aus Investitionstätigkeit bleiben die Ermächtigungen bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck bestehen. Eine zeitliche Einschränkung erfolgt jedoch für Baumaßnahmen und Beschaffungen. Hier bleiben die Finanzmittel maximal zwei Jahre nach Schluss des Haushaltsjahres verfügbar, in dem der Bau oder der Gegenstand in seinen wesentlichen Teilen genutzt werden kann. Diese zeitliche Begrenzung gilt jedoch nicht für Investitionsförderungsmaßnahmen (Zuwendungen für Investitionen Dritter, die als „Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände“ im Rahmen der doppischen Haushaltsführung abgebildet werden).

Sofern Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Haushaltsjahr nicht begonnen werden, gilt die Sonderregelung nach § 17 Absatz 2 Satz 2 GemHVO. In diesen Fällen bleiben die Auszahlungsermächtigungen bis zum Ende des zweiten Haushaltsfolgejahres bestehen. Verzögert sich die Maßnahme in der Folge über den genannten Zeitraum hinaus, ist eine weitere Ermächtigungübertragung damit ausgeschlossen und eine Neuveranschlagung im Haushaltsplan bzw. Nachtragshaushaltsplan müsste erfolgen.

Obwohl auf der Grundlage des § 17 Abs. 2 GemHVO die dargestellte Fortgeltung der Auszahlungsermächtigungen im Investitionshaushalt keine förmliche Beschlussfassung des Rates erfordert, wird dem Stadtrat aus Gründen der Haushaltstransparenz im Rahmen seines Budgetrechtes nach Abschluss des Haushaltsjahres 2017 eine projektbezogene Auflistung vorgelegt, aus der ersichtlich ist, welche investiven Haushaltspositionen in welcher Höhe in das Folgejahr übergehen. Die Auflistung besteht aus folgenden Teilen:

Liste A: Sie umfasst bereits begonnene Maßnahmen des Investitionshaushalts, die im Folgejahr fortzusetzen bzw. abzuwickeln sind.

Ein Maßnahmebeginn liegt dabei schon dann vor, wenn bei Investitionen (Baumaßnahmen, Beschaffungen) bereits Aufträge oder bei Investitionsförderungsmaßnahmen rechtsverbindliche Kostenzusagen erteilt worden sind.

Die Fortgeltung nicht in Anspruch genommener notwendiger Auszahlungsermächtigungen ist hier zur Fortführung oder zum Abschluss der Projekte zwingend erforderlich.

Liste B: Noch nicht begonnene Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, die nun im Folgejahr 2018 begonnen werden sollen.

Aus unterschiedlichen Gründen kam es im Haushaltsvollzug zu Verzögerungen bei einzelnen Projekten, z. B. durch den verzögerten Eingang förmlicher Bewilligungsbescheide zu zweckgebundenen Einzahlungen oder fehlende Schlussrechnungen der bauausführenden Firmen.

Die Fortgeltungen der Ansätze im Bereich der Liste A sind unabweisbar, damit die notwendigen haushaltsrechtlichen Ermächtigungen zur Begleichung eingehender Rechnungen verfügbar sind.

Die ebenfalls bereits vom Rat im Rahmen der Haushaltssatzungen der Vorjahre beschlossenen Investitionsprojekte, die in Liste B dargestellt werden, sollen nach Abschluss der Mittelfreigabeverfahren im Haushaltsjahr 2018 begonnen werden.

Durch die Übertragung der Ermächtigungen erhöhen sich die Auszahlungsermächtigungen des Jahres 2018 in den betroffenen Projekten. Die übertragenen Ermächtigungen stehen dabei neben etwaigen neuen Haushaltsansätzen als eigenständige Auszahlungsermächtigungen zur Verfügung.

Anlage/n:

Anlage 1 – Übergang von Haushaltsermächtigungen 2017 nach 2018 – Liste A

Anlage 2 – Übergang von Haushaltsermächtigungen 2017 nach 2018 – Liste B

Anlage 3 – Übergang von Haushaltsermächtigungen 2017 nach 2018 – Gesamtübersicht